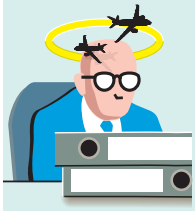
Am Rande

Ruhiger Sprint



Auf der Suche nach den drängenden Zukunftsproblemen hat die Bundesregierung eine neue Beamten-Spezies entdeckt: den „Pendler“. Der wohnt in Bonn, arbeitet aber künftig in Berlin und will deshalb montags möglichst spät hin- und freitags möglichst früh zurückpendeln – am liebsten mit dem Flugzeug. Aber das geht nicht, hat die Regierung ausgerechnet. 3285 Pendler plus 336 „Dienstreisende“ passen einfach nicht auf (die derzeit von den Fluggesellschaften werktäglich angebotenen) 2318 Fliegersessel. Selbst wenn man freitags und montags alle anderen Passagiere rausschmisse, müßten sich die „Pendler“ wechselseitig auf den Schoß nehmen. Aber da geht der Ärger schon los: Sitzt der Ministerialrat unter oder auf dem Oberregierungsrat? Zählt das Gewicht? Oder das Dienstalter? Was sagt der Deutsche Beamtenbund?

Da bleibt nur die Schiene: verkehrspolitisch sinnvoll, ökologisch korrekt. Es sei durchaus möglich, sagt die Regierung, „Sprinterzüge“ einzusetzen, die die Strecke in viereinhalb Stunden schaffen. Wow!

Doch die Sache hat einen Haken: Die Rennstrecke ist schon so dicht belegt, daß andere Züge aus dem Verkehr gezogen werden müßten – und das gäbe Stunk: Der Normalbürger will nicht einsehen, daß sein Eilzug ausfällt, damit Beamte schneller vorwärtskommen. Also müßte einer der Montagssprinter schon sonntags fahren – und damit ist der ganze Plan Makulatur. Denn das Wochenende ist dem Pendler heilig.

Auf die einfachste Lösung ist die Regierung bisher nicht gekommen: Das Pendeln wird zur Dienstzeit erklärt. Dann bleibt alles, wie es ist: Ab Dienstag kommt, ab Donnerstag geht der Beamte. Und das Beste daran: Keiner wird es merken.



AP

Wissmann (r.) beim Spatenstich südlich von Bremerhaven

FESTAKTE

Schneller einweihen

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) hat seiner Straßenbau-Abteilung für die heiße Wahlkampfphase eine Leistungssteigerung um 33 Prozent befohlen. Wie aus einer internen Liste der Ressortleitung über „Feierliche Verkehrsfreigaben, 1. Spatenstiche und ähnliche Ereignisse“ vom August hervorgeht, wird das Ministerium im September bundesweit noch 48mal an Bundesfernstraßen für publikumswirksame Auftritte sorgen. Noch im April waren für den September lediglich 36 feierliche Durchtrennungen von Bändern oder Spatenstiche geplant. Im September vorigen Jahres gab es spärliche 12 Termine.

Auch der Minister will seine persönliche Schlagzahl gegenüber der April-Planung erheblich steigern: Ursprünglich wollte er nur zum Baubeginn am „Weserauentunnel“ und bei der Freigabe der Eschenrieder Spange dabeisein. Nun aber sind sechs Auftritte geplant. Pech hatte Umweltministerin Angela Merkel aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie hätte gern noch vor dem Wahltag die Baustelle an der Westtangente Rostock eröffnet. Doch es war, so heißt es in der Liste, „aus baurechtl. + vergaberechtl. Gründen kein Baubeginn vor 27. 9. möglich“.

STASI

IM „Delia“ im Schweriner Archiv?

Die langjährige Leiterin des Archivs der Gauck-Behörde in Schwerin soll als Agentin für die Stasi gearbeitet haben. Anfang des Jahres waren die Aktenverwalter eher zufällig auf die Spuren einer Inoffiziellen Mitarbeiterin Sicherheit (IMS) „Delia“ gestoßen, die Ende der achtziger Jahre von der Stasi-Inlandsaufklärung an die für die West-Spionage zuständige Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) der DDR-Staatssicherheit abgegeben wurde.

Weitere Recherchen führten zu dem dringenden Verdacht, daß die Schweriner „Sachgebietsleiterin Archiv“ die IMS „Delia“ war.

Zur Rede gestellt, bestritt die Leiterin der Gauck-Außenstelle den Verdacht, unterschrieb aber in der vorvergangenen Woche einen Aufhebungsvertrag. Hinweise darauf, daß es in dem Schweriner Archiv zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist, hat die Behördenleitung nicht.

Nachgefragt

Lieber verschieben

„Die Entscheidung über ein zentrales Holocaust-Mahnmal wurde auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl verschoben. Wie ist Ihre Haltung dazu?“

	BEFRAGTE GESAMT	WEST-DEUTSCHE	OST-DEUTSCHE
Über so ein wichtiges Thema sollte erst nach der Wahl entschieden werden	34	33	37
Das Gezerre um das Mahnmal ist unwürdig; eine Entscheidung ist längst überfällig	30	29	31
Ich lehne ein zentrales Holocaust-Mahnmal grundsätzlich ab	28	30	21

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 25. bis 26. August; 1002 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe